



Abstimmungen

Marxistische Ideen

Die Vollgeld-Initiative würde einen Rückschritt, nicht Modernisierung für das Geldsystem bedeuten. Wer nach liberalen Alternativen zu Bargeld und Buchgeld sucht, muss sein Augenmerk auf Kryptowährungen legen.
Von Hans Geiger

Der Ständerat lehnt die Vollgeld-Initiative ohne Gegenstimme ab. Damit folgt er dem Antrag des Bundesrates, der in der Botschaft davor warnte, die Schweiz zum Experimentierfall für unerprobte Reformen zu machen. Tatsächlich wollen die Initianten ein Problem lösen, das in der Schweiz noch von niemandem erkannt wurde. Sie erklären, dass mit einem neuen Verfassungsartikel verhindert werden soll, dass die Banken in Zukunft weiter «privates Geld» schaffen können. Das sei ein liberales Anliegen. Träger der Initiative ist der Verein Monetäre Modernisierung (MoMo).

Die Initiative hat drei Stossrichtungen: Erstens sollen die Banken zur Verhinderung der privaten Geldschöpfung den Kunden keine Sichtgelder, über die der Zahlungsverkehr abgewickelt wird, auf eigene Rechnung anbieten können. Es geht dabei um rund 500 Milliarden Franken. Die «private Geldschöpfung» der Banken liesse sich durch eine kleine Änderung im Nationalbankgesetz einfacher umsetzen: Banken müssten für Sichtgelder bei der Nationalbank (SNB) 100 Prozent Mindestreserven halten. Das wollen die Initianten aber ausdrücklich nicht. Es geht ihnen um sehr viel mehr.

Das ist ersichtlich aus der zweiten Forderung: Diese Sichtgelder sollen von den Banken nur treuhänderisch betreut und direkt bei der Nationalbank angelegt werden. Was diese mit den zusätzlichen rund 500 Milliarden Franken machen soll, beschreibt der Initiativtext wie folgt: Die Nationalbank «bringt [...] neugeschaffenes Geld schuldfrei in Umlauf, und zwar über den Bund oder über die Kantone oder indem sie es direkt den Bürgerinnen und Bürgern zuteilt». Das tönt unverständlich, heisst jedoch im Klartext: «Die SNB muss neugeschaffenes Geld verschenken.» Wiederum im Klartext ausgedrückt: Bankkunden werden mit ihrem Geld anstelle der Steuerzahler den Staat finanzieren. Wehren könnten sich die Kunden nicht. Nur die SNB dürfte Zahlungsverkehrskonten anbieten. Würde die SNB nur einen Drittel des in den letzten zehn Jahren neugeschaffenen Geldes verschenken, wäre die Nationalbank rechnerisch eine *banca rotta*, hätte mit mehr Schulden als Vermögen ein negatives Eigenkapital: Leergeld statt Vollgeld.

Hinter dem Ganzen steht, und das ist der dritte Aspekt, eine Ideologie, die weder liberal noch modern ist. Die Initiative ist extrem etatistisch, in mancher Beziehung marxistisch. Gemäss den Initianten soll künftig in der Verfassung stehen: «Der Bund gewährleistet die Versorgung der Wirtschaft [...] mit Finanzdienstleistungen. Er kann dabei vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit abweichen.» Die SNB «gewährleistet [...] die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten». Das Gesetz «regelt [...] die Begrenzung des Eigenhandels». All diese und weitere Forderungen



Leergeld statt Vollgeld.

gen haben mit der Geldschöpfung nichts zu tun. Die Grundideen der Initiative finden sich im «Kommunistischen Manifest» von 1848. Dort haben Karl Marx und Friedrich Engels geschrieben: «Das Proletariat wird der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital entreissen.» Und sie haben diese Forderung wie folgt präzisiert: «Zentralisation des Kredits in den Händen des Staats durch eine Nationalbank mit Staatskapital und ausschliesslichem Monopol.»

Dass sich die Initianten mit der 169 Jahre alten Idee als Modernisierer des Geldwesens sehen, ist skurril. Modern sind ganz andere Dinge: Modern ist die bald zehnjährige Flutung

der Märkte mit Hunderten von Milliarden Franken, Euros, Dollars durch die Notenbanken, welchen die Initianten die Herrschaft über das Finanzwesen gänzlich übertragen wollen.

Die Swisscoin-Lösung

Derzeit angesagt sind Kryptowährungen, insbesondere Bitcoin. Bitcoins sind innert weniger Jahre von einer obskuren Idee zu einem zentralen Thema von Tageszeitungen, Spekulanten und wissenschaftlichen Foren geworden. Findet die monetäre Modernisierung bei Kryptowährungen und der ihnen zugrundeliegenden Blockchain-Technologie statt, abseits der Politik? Die Antwort auf diese Frage ist offen. Ganz sicher ist, dass sich die Zentralbanken mit den Themen rund um Kryptowährungen sehr rasch und sehr intensiv beschäftigen müssen. Dieser Prozess ist im Gange. Den Notenbanken stellt sich insbesondere die Frage, ob sie selbst Kryptogeld herausgeben sollten – und falls ja, mit welchen Eigenschaften. Ein erster Vorschlag für die USA wurde aus der Blogger-Szene unter dem Namen «Fedcoin» lanciert. Die schwedische Notenbank hat unter dem Namen «E-Krona» ein Projekt gestartet, mit dem sie die allfällige Ausgabe von digitalem Notenbankgeld an die Wirtschaft (Firmen und Konsumenten) prüfen will.

Die SNB könnte durch ein Projekt beispielsweise folgenden Vorschlag prüfen: Neben dem Buchgeld für Banken und den Banknoten für die Wirtschaft gibt die SNB als dritte Form von staatlichem Geld «Swisscoins» aus. Sie verwendet hierfür wie Bitcoin die Blockchain-Technologie. Die Swisscoins sind Verbindlichkeiten der SNB, im Gegensatz zur virtuellen Währung Bitcoin. Auch im Gegensatz zu den hochspekulativen Bitcoins sind die Swisscoins im Wert stabil wie Banknoten. Swisscoins teilen einen weiteren Vorteil mit den Banknoten: Sie gehen beim Handel direkt vom Zahlungspflichtigen an den Zahlungsempfänger, ohne Intermediäre. Ihre Verwendung ist anonym, die Privatsphäre wird damit auch im elektronischen Zahlungsverkehr gewahrt. Das wäre liberale monetäre Modernisierung ohne ideologische Scheuklappen.

Hans Geiger ist emeritierter Professor für Finance der Universität Zürich und ehemaliges Mitglied der Credit-Suisse-Führung.